

Rede des Vorsitzenden Bündnis 90/ Die Grünen, Johannes Bortlitz Dickhoff, zur Verabschiedung des Haushalts 2015/2016 in der Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 28. April 2015

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Vorsitzender der Landschaftsversammlung,
Sehr geehrte Frau Landesdirektorin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach 10 Jahren in der Gestaltungsmehrheit - Manche mögen den Begriff nicht mehr so gern hören, Andere haben ihn vielleicht schon vergessen - ist das wieder ein Haushalt, den wir aus der Opposition heraus bewerten.

Wenn ich auf die vergangenen 10 Haushalte zurückblicke, dann waren das für den LVR erfolgreiche Jahre. Wir haben gemeinsam mit unseren GM-Partnern eine dreistellige Millionensumme konsolidiert, damit der LVR handlungsfähig bleibt und um unsere Mitgliedskommunen zu schonen. Wir haben gleichzeitig massiv Schulden abgebaut, um auch in Zukunft unser Geld für diejenigen ausgeben zu können, die unsere Hilfe brauchen. Wir haben keine Achterbahnfahrten bei der Umlage gemacht, so dass unsere Kommunen immer Planungssicherheit hatten. Wir haben gleichzeitig den Umlagesatz gesenkt, im Gegensatz übrigens zur vorherigen Mehrheit. Und nicht zuletzt haben wir den LVR auch inhaltlich nach vorne gebracht.

Der Grundsatz „Ambulant vor stationär“ hat ja nicht nur Geld gespart, sondern in erster Linie dafür gesorgt, dass viele Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmteres Leben führen können. Die von uns eingeführten Energiestandards und Leitlinien für ökologisches Bauen sind vorbildlich. Und wir sind wichtige Schritte hin zu einer inklusiven Gesellschaft gegangen, in der alle Menschen die benötigte Förderung erhalten und es weniger Ausgrenzung und Separierung gibt. Menschen mit Behinderung gehören mitten in unsere Gesellschaft und nicht in Sondereinrichtungen, seien diese manchmal auch noch so bequem.

Politische Mehrheiten, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen, werden auch künftig unsere Unterstützung haben. Gleichzeitig werden wir aber genau beobachten, wo Rückschritte oder Verschlechterungen eingeleitet werden. Das werden wir dann auch deutlich kritisieren und Alternativen aufzeigen. Das verstehen wir unter konstruktiver Opposition, und diese Rolle nehmen wir fürs Erste an.

Als GRÜNE Fraktion war uns sehr schnell klar, dass wir uns nicht passiv der neuen Situation ausliefern wollen. Wir haben uns konstruktiv und solidarisch in unsere neue Rolle eingearbeitet. Deshalb möchte ich hier als Erstes meiner Fraktion danken, vor allem auch

für Euren Vertrauensbeweis. Es macht Spaß mit und für Euch zu arbeiten.

Schnell wurde auch deutlich, dass alle Oppositionsfraktionen sich nicht einfach der Übermacht der Großen Koalition ergeben wollten. Im Vorfeld der Konstituierung waren wir uns einig, dass wir trotz aller inhaltlichen Unterschiede klug zusammenarbeiten müssen, um zumindest ein wenig gegensteuern zu können, vor allem in Fragen der Wahrnehmung der demokratischen und parlamentarischen Rechte. Ich finde, die Zusammenarbeit ist uns ganz gut gelungen. Wir waren oft besser vorbereitet als die Große Koalition. Wenn ich mir die Ereignisse bei der ersten Landschaftsversammlung und beim ersten LA vergegenwärtige, dann hat es schon aller, aus meiner Sicht auch unerlaubter Tricks seitens der Mehrheit bedurft, um uns auszubremsen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass sowohl die Wahlen zum Landschaftsausschuss als auch die anschließenden Wahlen zu den Gremienbesetzungen im Landschaftsausschuss nicht korrekt liefen. Hierzu steht immer noch die Aussage des Innenministeriums aus. Dann werden wir weitersehen. Jedenfalls möchte ich allen Oppositionsfraktionen für die gute, faire und immer interessante Zusammenarbeit danken.

Wenn ich schon bei Vertrauensverhältnissen bin: Ich möchte allen Mitgliedern der Verwaltungsvorstands für die immer faire Zusammenarbeit danken. Unserer Kritik an der Art und Weise der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der Landschaftsversammlung richtet sich ausdrücklich nicht an die Mitglieder des Verwaltungsvorstands. Dass an der einen oder anderen Stelle insbesondere Unterschiede in der juristischen Bewertung von Sachverhalten vorliegen, gehört zum politischen Geschäft: zwei Juristen, drei Meinungen.

Einen besonderen Dank möchte ich unseren GRÜNEN Dezernenten aussprechen. Wir arbeiten hervorragend zusammen und Ihr seid der Garant, dass nach wie vor im Verwaltungsvorstand auch GRÜNE Ideen einfließen. Du, lieber Lorenz, hast einen hervorragenden Job im Sozialdezernat als Nachfolger von Martina Hoffmann-Badache gemacht, und es wäre gut und sinnvoll gewesen, wenn Du dort weiter hättest arbeiten können. Ich bin mir aber sicher, dass Du auch als Jugenddezernent erfolgreich sein wirst. Es ist richtig, dass sich der LVR hinsichtlich der Flüchtlingshilfe mit seinen besonderen Qualifikationen engagiert. Der LVR wird im Auftrag des Landes die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge übernehmen. Auch hier sind wir überfraktionell einig, wie wichtig die Arbeit ist.

Wir haben in den vergangenen Jahren den LVR als arbeitnehmerfreundliche und serviceorientierte Behörde aufgestellt. Und vieles davon hat Frank vom Scheidt umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Durch die Gründung des Instituts für Training, Beratung und Entwicklung sowie mit dem Abschluss der Dienstvereinbarungen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement und zu Zeitwertkonten hat er wesentlich zur Modernisierung des Verbandes beigetragen. Dafür gebührt ihm Dank. Du hast aber wohl bei Deiner Tätigkeit ein paar der hier Anwesenden zu oft auf den Schlipps getreten, und das lässt Dich die GroKo jetzt spüren. Das ist unverdient und schlecht für den Verband.

Schon die Einrichtung eines kleinen und auf die spätere Abwicklung hin optimierten Umweltdezernates ist eigentlich eine Frechheit und wird der Aufgabenstellung nicht gerecht. In ein Umweltdezernat gehört die Zuständigkeit für die Biologischen Stationen und die Naturparke.

Welchen Wert CDU und SPD hier im Hause aber tatsächlich einer funktionsfähigen Umweltverwaltung zumessen, zeigt, mit welcher Chuzpe sie bei den Stellenplanberatungen

den Verwaltungsvorschlag, das neue Umweltdezernat arbeitsfähig zu machen, vor die Wand laufen lassen. Deutlicher kann man seine Absichten und sein Desinteresse an umweltpolitischen Fragen nicht zeigen.

Während wir das Horten von Aufgabenbereichen des Umweltschutzes im Kulturdezernat kritisieren, sehen wir auch die gute und nachhaltige Arbeit des Kulturdezernates. Aktuell ist sicher die Auseinandersetzung mit dem europäischen Schicksalsjahr 1914 zu nennen. Vielen Dank für die Dokumentation der Zeugnisse der Kriege und der Militärgeschichte im Rheinland. Es kann nicht sein, dass mehr Amerikaner als Rheinländer wissen, was sich im Hürtgenwald im zweiten Weltkrieg zugetragen hat.

Was aus meiner Sicht aber nach wie vor ansteht, ist eine museale Aufarbeitung der jüngeren Industriegeschichte des Rheinlands, insbesondere zum Beispiel auch des Braunkohlebergbaus oder der Chemieindustrie.

Was auch ansteht, ist, Kunstwerke von Menschen, die wir als psychisch gestört oder krank wahrnehmen, ernst zu nehmen. Einem Dadaisten und Traumtänzer wie Max Ernst haben wir in Brühl ein eigenes Museum gewidmet und sind - nebenbei - ganz froh, dass nicht noch weiter in der Frage der Beteiligung von Professor Doktor Spieß an der Begutachtung von Kunstwerken öffentlich spekuliert wird. Es wäre aber sicher auch im Sinne von Max Ernst, wenn wir dem inklusiven Künstlerprojekt Nebelhorn aus Schermbeck eine Sonderausstellung im MEM ermöglichen.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass ich mich gerne und engagiert in das Projekt internationaler Platz Vogelsang eingebracht habe. Dieser Ort nationalsozialistischer Gehirnwäsche muss zu einem internationalen Lernort für Demokratie und Menschenrechte im Nationalpark Eifel werden.

Ich bin dankbar dafür, dass Verwaltung und Politik des LVR die Aufgabe als größter Gesellschafter ernst nehmen und auch die letzten Hürden des Umbaus des Zentralbereichs mit stemmen. Wichtig ist, dass nichts an diesem Ort passiert, was das Grauen verharmlost, das vom deutschen Faschismus ausgegangen ist. Ein Krimihotel wäre genau eine solche Verharmlosung. Wir müssen hier wachsam bleiben. Andere Projekte an diesem Ort sind hingegen zu begrüßen. Die Renovierung des Kulturkinos oder das wunderbare Projekt Sternepark Eifel oder das Museum des Roten Kreuzes.

Zu einer Haushaltsdebatte gehört auch der politische Rückblick: Die SPD hat nach der vergangenen Kommunalwahl die Gestaltungsmehrheit beendet. Um es noch einmal klar zu sagen: Die Fortsetzung unserer Zusammenarbeit war jederzeit möglich.

Alle, die dabei waren, wissen, wie es gelaufen ist. Alle, die dabei waren, wissen, welche festen Verabredungen getroffen wurden. Insbesondere hatten wir fest verabredet, zunächst die endgültige Besetzung der Landschaftsversammlung abzuwarten, bevor wir über die Möglichkeit urteilen, die Gestaltungsmehrheit fortzusetzen. Natürlich werden im Nachhinein unterschiedliche Geschichten erzählt, insbesondere in der SPD. Man will ja seinen eigenen Laden zusammenhalten. Aber manche der Geschichten sind absolut abenteuerlich, wie dass sich die FDP einer bestimmten Zusammenarbeit verweigert hätte oder dass die GRÜNEN zuerst auf die Union zugegangen wären.

Jetzt ist natürlich interessant, wie es mit der neuen Mehrheit weitergeht. Die SPD hat sicher an der GroKo gereizt, dass die Sicherung errungener Machtpositionen bei einer komfortableren und pfleglicheren Mehrheit möglich ist. Wenn ich mir den

Koalitionsvertrag und die zuerst durchgesickerten Meldungen vergegenwärtige, dann schien das ja auch aufzugehen. Politische und Verwaltungsführung sollten dauerhaft beim Juniorpartner der GroKo bleiben. Ein Bisschen hat sich das bereits während der Verhandlungen geändert. Den weiteren Lauf der Dinge beobachten wir interessiert.

Natürlich war es für die CDU erst mal ein Erfolg, sowohl die GM gespalten zu haben als auch nach 10 Jahren im LVR wieder in die Mehrheit zu kommen. Dafür nimmt man Einiges in Kauf. Die Union hat in der Koalitionsvereinbarung der SPD nicht nur die wichtigsten Posten zugestanden, sie hat auch inhaltlich im Koalitionsvertrag fast keine Spuren hinterlassen. Betrachten wir die Positionen der Union in den vergangenen Jahren, und was daraus geworden ist:

- Ablehnung der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum: Dieses Projekt wird jetzt unterstützt.
- Ablehnung von Modellprojekten: Durch die Haushaltsanträge der GroKo werden 11 weitere Modellprojekte initiiert. Das haben wir nicht mal in unseren besten Zeiten geschafft.
- Personalabbau und der Verweis auf geringere Standards in den Mitgliedskommunen war immer das Credo der CDU in der Haushaltsdebatte. Jetzt wird nicht nur ein weiteres Dezernat geschaffen, sondern es werden beispielsweise im Kulturbereich Stellen zugesetzt.
- Die Forderung nach einer stärkeren Umlagesenkung wurde immer gebetsmühlenhaft vorgetragen. Und jetzt ist davon nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil: Die Haushaltsanträge der Großen Koalition verursachen Mehrkosten, die natürlich die finanzschwachen Kommunen tragen müssen.

Leidet da eine Mehrheitsfraktion an politischer Amnesie? Ich glaube eher, da wird in langen Linien gedacht, politische Inhalte sind eher nebensächlich. Insofern bin ich gespannt, wohin die langen Linien führen werden.

Ulrike Lubek hat bei ihrer Rede vor der Landschaftsversammlung über ihr Bergfest, also über die gerade erreichte Mitte ihrer Wahlperiode, gesprochen. Da könnte bewusst oder unbewusst durchaus ein realistisches Bild gezeichnet worden sein. Denn wie wir alle wissen, bei einem Berg geht´s erst mal hoch zur Spitze, da feiert man dann Bergfest und genießt die Aussicht. Doch – um im Bild zu bleiben – kein Mensch bleibt dauerhaft auf dem Gipfel. Möglichweise bringt sich der nächste Gipfelstürmer schon in Position.

Die erste zentrale Entscheidung der neuen Koalition war die Schaffung eines weiteren Dezernats. Frei nach dem Motto: Was kümmert uns unser Geschwätz ein halbes Jahr zuvor? Was kümmert uns die Reaktion der Kommunen? Und was kümmert uns die Meinung der Beschäftigten, wenn wir die Dezernatsorganisation ohne Sinn und Verstand durcheinanderwirbeln? Es ist doch auch jetzt schon klar, dass der neu geschaffene Posten von der GroKo wieder besetzt wird.

Angesichts dieser falschen und teuren Entscheidung wäre es sicher nahe liegend gewesen, wenn wir bei den Wahlen der neuen Landesräte mit Nein gestimmt hätten. Aber das wäre auch eine Ablehnung der zur Wahl stehenden Personen gewesen. Und so einfach wollten wir uns das nicht machen. Wir haben uns mit allen Kandidatinnen und Kandidaten intensiv beschäftigt und sind zu einem insgesamt positiven Votum gekommen. An dieser Stelle möchte ich die neue Landesrätin und die neuen Landesräte ganz herzlich willkommen heißen und Ihnen versichern, dass wir an einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit interessiert sind. Zum Wohle der Menschen im Rheinland.

Bei der Gesamtbewertung des vorliegenden Haushalts haben wir es uns auch nicht einfach gemacht und gesagt, wir sind jetzt Opposition, also fordern wir eine drastische Umlagesenkung und lehnen den Haushalt einfach ab. Dafür hätten wir zwei, drei Lorbeerblätter von den Mitgliedskommunen einheimsen können und deutlich gemacht, dass die politische Verantwortung jetzt bei Anderen liegt.

Wir fühlen uns aber nach wie vor für den LVR verantwortlich und haben sowohl das Verbandsinteresse, aber vor allem die Interessen der auf unsere Unterstützung angewiesenen Menschen im Blick. Deshalb haben wir sorgfältig den vorgelegten Haushaltsentwurf, aber auch die vorgenommenen Änderungen beleuchtet und dann eine Gesamtbewertung vorgenommen. Diese fällt differenziert aus.

Zunächst stellen wir fest, dass der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf in der Tradition der Gestaltungsmehrheit steht. Die Chancen und Risiken werden nachvollziehbar dargestellt, die Argumentation ist transparent, und es ist kein inhaltliches „Roll-Back“ zu erkennen. Der Haushaltsentwurf lässt daher noch die vorwärtsführende Handschrift der Gestaltungsmehrheit erkennen. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Kämmerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gute Arbeit und für die wie immer vorbildliche Unterstützung bei unseren Beratungen.

Was wir allerdings kritisieren ist die Festlegung der Großen Koalition, in Zukunft nur noch Doppelhaushalte verabschieden zu wollen. Scheut da jemand die jährliche Auseinandersetzung? Wir alle wissen, wie schwer sich Fallzahlen, Entgelte oder die weitere Entwicklung bei stationären und ambulanten Wohnhilfen prognostizieren lassen. Doppelhaushalte verschlechtern die Qualität unserer Beratungen. Sie verschlechtern aber auch die Transparenz. Sowohl für unsere Mitgliedskommunen als auch für die Landschaftsversammlung bedeutet dies weniger Mitsprache und Einflussmöglichkeiten. Ist das gewollt? So werden die wichtigen Entscheidungen beim LVR in immer kleinere Machtzirkel zentralisiert?

Diese Tendenz zur Zentralisierung war in den Haushaltsberatungen auch daran ablesbar, dass die GroKo unsere Anträge in den Fachausschüssen ohne Beratung geschoben hat. In GM-Zeiten haben wir alle Anträge, die dort vorlagen, ordentlich beraten und auch darüber entschieden. Im Finanzausschuss haben dann CDU und SPD einige unserer Anträge wegen Beratungsbedarfs wieder in die Fachausschüsse verwiesen. Das verstehe, wer will. Das ist entweder dilettantisch oder politisches Kalkül, um nur ja nicht einen Oppositionsantrag unterstützen zu müssen. Folgerichtig hat die GroKo auch keinem unserer Anträge zugestimmt. Inhaltlich war das in keiner Weise nachvollziehbar.

Jedenfalls war das kein Ruhmesblatt für die neue Mehrheit, genauso wenig wie die in vielen Ausschüssen oft nur mangelhafte und lustlose Begründung der eigenen Anträge. Ein bisschen mehr Mühe sollte man sich schon machen und nicht sofort mit der komfortablen Zweidrittelmehrheit gute Argumente vom Tisch wischen.

Mit den 43 Anträgen der Großen Koalition sind wir differenziert umgegangen. Insofern ist die pauschale Schelte im Personalausschuss, wir sollten die Anträge der großen Koalition doch lesen, sie seien schließlich auch gut und ausreichend schriftlich begründet, völlig fehl am Platz. Wir haben die Anträge gründlich gelesen und in unseren Arbeitskreisen intensiv diskutiert. Einige der Anträge fanden wir gut und konnten zustimmen. Manche GroKo-Anträge sind aber auch Schnellschüsse und nicht gut durchdacht. Einiges davon hatte die GM schon auf den Weg gebracht.

Zusammengefasst hat die GroKo 11 neue Modellprojekte, 5 Fachtagungen, zusätzliche Personalstellen und damit auch deutliche Mehrausgaben auf den Weg gebracht.

Die Vorfestlegungen der GroKo, die sie bei drei zentralen Projekten vorgenommen hat, lehnen wir ab. Hier werden bereits im Vorhinein die Ergebnisse formuliert, ohne weitere Untersuchungen von der Verwaltung oder die für eine Umsetzung notwendigen Konzepte abzuwarten.

Selbstverständlich müssen wir uns Gedanken über die Raumfrage für die Beschäftigten machen. Und dafür kommt eventuell auch eine Neubebauung auf dem Ottoplatz in Frage. Aber kluge Bauherren planen immer Alternativen mit. Die große Koalition hat jetzt einfach festgelegt, dass sie eine Investorenlösung mit Komplettabriss und Neubebauung will. Sie hat dies fixiert, ohne dass die planrechtlichen Fragen mit der Stadt ausreichend geklärt sind, ohne dass mögliche Schwierigkeiten bei der Investorenlösung zu Ende gedacht sind und ohne zeitliche Alternativen zu berücksichtigen. Da können wir Alle, insbesondere unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nur hoffen, dass das einigermaßen gut geht. Bei diesem Vabanque-Spiel machen wir nicht mit. Und zumindest Eines wissen wir bereits heute: Für Infokom und damit auch für den LVR wird 's teuer.

Ohne die Beantwortung zentraler Fragen, insbesondere nach der Wirtschaftlichkeit, abzuwarten, hat die GroKo außerdem festgelegt, dass der LVR eigene zentrale Räumlichkeiten für alle Fortbildungen bekommen soll. Jetzt ist es ja nicht so, dass im Rheinland keine anderen Tagungsstätten gäbe. Alle bisherigen Rückmeldungen aus der Verwaltung haben ergeben, dass externe Lösungen wahrscheinlich wirtschaftlich effizienter und flexibler sind. Wir wollen zunächst prüfen lassen, ob sich eine eigene Tagungsstätte tatsächlich lohnt, bevor man Pflöcke einrammt.

Wir müssen uns auch über die Zukunft der Rheinischen Beamtenbau, unserer Wohnungsgesellschaft, Gedanken machen. Einen Verkauf lehnen ab. Die Beamtenbau könnte weiter als Wohnungsverwaltungsgesellschaft jährlich eine kleine, stabile Rendite erwirtschaften. Oder sie könnte für den LVR und ggfs. für Andere weitere Aufgaben übernehmen, wie beispielsweise Inklusives Bauen. Darüber kann man ja reden. Aber zuerst müssen wichtige Fragen geklärt werden: Ist dies mit dem bisherigen Personalbestand möglich? Ganz klar nein. Wie viel Personal müssen wir eventuell zusetzen, oder gibt es in der Zentralverwaltung das notwendige Know how? Ist das überhaupt verfügbar? Und was sagt unsere Mitgeschafterin, die Provinzial, dazu? Das alles ist nicht geklärt. In ihrer eigenen Selbstherrlichkeit legt die GroKo jetzt aber schon mal fest, dass aus der Beamtenbau ein Kompetenzcenter Inklusion wird. Da bin ich auf die Umsetzung gespannt.

Das Alles haben wir sorgfältig gewichtet und dann entschieden: Obwohl wir im Haushaltsentwurf viele unserer Ziele wiederfinden, wiegen aus unserer Sicht die politischen Weichenstellungen der Großen Koalition schwerer: Unnötige Schaffung eines weiteren Dezernats, ideologische Stellenplanberatungen, falsche Grundsatzentscheidungen mit hohen finanziellen Risiken in wichtigen Aufgabenfeldern, Desinteresse an ordentlichen Haushaltsberatungen und eine völlig unnötige Ablehnung oder Blockade unserer Anträge.

Wir werden den Doppelhaushalt 2015/2016 ablehnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.